

Biesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Biesa.

Seitenz. Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Biesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postleitzettel: Leipzig 21268,
Gießstraße Biesa Nr. 52.

Nr. 262.

Dienstag, 9. November 1920, abends.

73. Jahrg.

Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr u. i. Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzugsausgabe, monatlich 4.— plus jede Zusatzausgabe, der ausgenutzt am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voran zu bezahlen; eine Zeile für den Preis 10.— bis 12.— je Seite. Vermittelungs- und Vermittlungsausgabe 20 Pf. pro Seite. Vermittelte Rubrik erhält, wenn der Betrag verfüllt durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftragnehmer in Konkurs gerät. Siedlung- und Eröffnungsort Biesa. Verschuldigte Interhaltungslage, Träger an der Höhe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige legenwerter Störungen des Betriebs der Druckerei, des Verleger oder der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ganger & Winterlich, Biesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Höhne, Biesa für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Biesa.

Die Manufaktur- und Kleinbetriebe sind ausgetrieben unter den Wehrverbänden des Kriegsministeriums. Die für den Sperr- und Beobachtungsbedarf bestehenden Befehlsnotvorschriften zum Wiederaufbau vom 7. Dezember 1911 — Seite 88 des G. n. V. Bl. 1912 — sind zu beachten. Aufrüttelungen dagegen werden strafrechtlich verfolgt.

Großenhain, am 8. November 1920.
2501 d E.

Die Amtshauptmannschaft.

Mühlenöffnung. Die mit der Bekanntmachung des Komunalverbandes vom 14. April 1920 verfügte Schließung des Mühlenbetriebs von Oswald Schenck in Biesa wird mit Wirkung ab Mittwoch, den 10. d. M., wieder aufgehoben.

Großenhain, am 8. November 1920.
1218 o.

Auf Blatt 25 des Handelsregisters, die Firma C. E. Brandt in Biesa betreut, ist heute eingetragen worden: Dem Geschäftsführer Willi Oster in Biesa ist Prokura erteilt.

Amtshauptmannschaft Biesa, den 5. November 1920.

Auf Blatt 17 des Genossenschaftsregisters, den Spar-, Credit- und Bauverein Glaubitz und Umgegend, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht in Glaubitz betreut, ist heute eingetragen worden: Otto Sommer, Oskar Schäfer und Robert Kosch sind nicht mehr Mitglieder des Vorstandes. Die Stellvertretung des Reinhold Körster und des Ernst Ermer hat sich erledigt.

a) der Amtsgerichtsrichter Reinhold Körster,

b) der Wirtschaftsrichter Ernst Ermer,

c) der Gutsbesitzer Bruno Bucher, sämtlich in Glaubitz,

sind Mitglieder des Vorstandes.

Amtsgericht Biesa, den 30. Oktober 1920.

Oberschlesien vor Genf.

Die Frage der deutschen Streitigkeiten, die bekanntlich das Programm der Genfer Konferenz bilden soll, ist in ein bemerkenswertes Stadium getreten. Wie haben ferner Zweifel darüber gelassen, dass unsere weitere Leistungsfähigkeit mit der Entscheidung steht und fällt, ob Oberschlesien bei uns bleibt oder an Polen fällt. Es ist ganz klar, dass der Verlust Oberschlesiens unserem Wirtschaftsleben einen geradezu tödlichen Stich versetzen würde und unser Wiederaufbau, unsere Leistungsfähigkeit überhaupt in Frage stellen müsste. Die Franzosen teilen diesen Standpunkt durchaus nicht, sie neben ganz offen der Meinung Ausdruck, die deutsche Industrie könne auch leben, blühen und gedeihen, wenn Oberschlesien politisch wird und das, was sie braucht, auch aus einem polnischen Oberschlesien bestehen. Der Friedensvertrag von Versailles, sofern die französische Flotte, sehr geradezu ein politisches Oberschlesien vor und die englischen Einflüsse, die sich auf die deutsche Seite stellten, bedeuteten vielleicht eine Sodierung des Versailler Vertrags. Darum müsste die französische Politik daran bestehen, dass schleunigst reiner Tisch gemacht und die Genfer Konferenz, wenn sie schon stattfindet, vor der Abstimmung in Oberschlesien abgehalten wird, da ja die Festlegung der deutschen Tribute ganz unabhängig von dem Ausgang dieser Abstimmung erfolgen kann und soll. Dieser französische Standpunkt scheint nun bemerkenswerten Weise auf einen bartnöglichen englischen Widerstand gestoßen zu sein. Tatsächlich soll nun, wenigstens bis auf weiteres, die Genfer Konferenz erst stattfinden, wenn die Volksabstimmung in Oberschlesien vorbei ist. Wir können diese Entscheidung mit einem heiteren und einem naiven Auge entgegengenommen. Denn wenn einerseits verdeckte Einflüsse sich gegen die französische Politik geltend machen, die Oberschlesien den Polen zugeschenkt will, so werden wir ganz ohne Zweifel die etwaigen Folgen dieser Entschluss mit erhabten Tributpflichten an die Entente bezahlen müssen. Wie es auch kommen mag, immer werden wir die Geprägten sein. Wie haben lediglich die Wahl, welches Leben wir als das geringere annehmen: den Verlust Oberschlesiens oder die Leistung von Milliardentributen auf Jahrzehnte hinaus.

Kursturz der Mark.

Gestern fiel in Holland die Mark von 4.10 (Sonnabend) auf 8.87% Gulden für 100 Mark. Dieser Sturz ist wahrscheinlich eine Folge der letzten Nachrichten über die Wiedergutmachungsregelung.

Die Streitlage in Berlin.

Die Urabstimmung in den städtischen Betrieben Berlins über die Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages ergab nach einer Korrespondenz, die mit den städtischen Verhören fühlbar war, etwa 14000 Stimmen für und über 12000 Stimmen gegen einen Streik. Da die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht erreicht wurde, ist das Ergebnis somit einer Ablehnung des Streiks gleichbedeutend. 2000 Abgekommene der Kantonsräte stimmten zwar gegen den Friedensvertrag, aber auch gegen den Streik. Es wurde eine Entscheidung gefasst, in der zum Ausdruck kommt, dass der Friedensvertrag zu verwerfen sei wegen der Aflaßfassung der Völker, da die Arbeiter auf jede Wohnverbesserung vorläufig verzichten und eine gleichmäßige Lohnzahlung für alle Arbeitnehmer erfordern, die in baldigen Verhandlungen herbeigeführt werden soll. Danach ist also zu hoffen, dass Dienstag abend bereits die Elektroarbeiter wieder in ihre Betriebe zurückkehren, und dass am Mittwoch früh der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen wird.

Die Arbeiter der städtischen Gasanstalt in Tegel sind gestern nachmittag in den Streik getreten. Rostandsarbeiten werden verrichtet.

In den Eisenbahnwerkstätten haben die Arbeiter mit Zweidrittel-Mehrheit für heute die Einstellung der Arbeit beschlossen. Eine Gruppe will neue Lohnforderungen stellen und die Arbeit am 10. d. M. nicht wieder aufnehmen. Das Reichsverkehrsministerium sollte den Eisenbahnbetrieb heute aufrecht erhalten zu können.

Auf der Berliner Hoch- und Untergrundbahn ruht am 9. November der Betrieb. Obgleich das Betriebspersonal sich die Wiedergutmachung des Betriebes erklärt.

hat das Werkstattpersonal einen gegenteiligen Beschluss gefasst, sodass wegen Stilllegung der Kraftwerke der zum Betrieb erforderliche Strom nicht zur Verfügung steht.

Die Preislage in England.

Der "Economist" teilt mit, dass die Indulgierstift für die Preise in England gegenüber dem Vormonat von 7045 auf 7175 gesunken sind, das ist die niedrigste Indulgierstift seit November 1919. Der Rückgang ist hauptsächlich die Folge des Preisfalls von Baumwolle und Baumwollgarne. Unter den Lebensmitteln ist über Weizen und Fleisch wieder ge-
siegelt, wenigstens die offiziellen Preise.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Zur Schulfrage. Aus Berlin meldet W. T. G.: Dem Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Die von mehreren rechtsstehenden Plättner gebrachte Mitteilung, dass die Reichsregierung zur Zeit über den Entwurf des Gesetzes über Schulnutzung, Weltliche- und Gemeinschaftsschulen mit den katholischen Kreisen elsig verhandelt, dagegen die evangelischen Kreise vernachlässigt, ist durchaus unzutreffend. Über den Entwurf wird zur Zeit nur mit den Unterrichtsverwaltungen des Landes verhandelt.

Der Friedensvertrag als Lehrgegenstand. Der Münchener Stadtrat hat auf Antrag der Demokraten einstimmig beschlossen, den Friedensvertrag und seine Wirkungen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Beziehung als Lehrgegenstand des Schulunterrichts einzuführen. Der Medien der Unabhängigen begrüßt seine Zustimmung mit dem Hinweis, dass der Friedensvertrag, wenn er ausgeführt werde, Deutschland aus ewige Zeiten vernichten würde.

Die Weiterbelastung der Dieselmotoren. Auf das deutsche Freich auf Weiterbelastung der Dieselmotoren ist von der Betriebskonsolidierung noch keine Antwort eingegangen. Eine anderslautende Befreiungserklärung erledigt sich hierdurch.

Verhandlungen der radikalen Parteien in Oberschlesien. Nach meldungen aus Gleiwitz haben vorgestern die U. S. P. D. und R. P. D. sowie die kommunistische Partei Oberschlesiens ihre Vereinigung zu einer kommunistischen Partei beschlossen. Der Ergebnisaustausch will sich mit den Centralen in Deutschland und Polen in Verbindung setzen.

Die Danziger Delegation in Paris telegraphierte, dass die Betriebskonsolidierung den endgültigen Text des Abkommen zwischen Danzig und Polen mitgeteilt und seine Unterzeichnung vom 9. d. M. ab angekündigt habe. Der Vertragstext enthalte nur die von der Delegation vorher einstimmig bewilligten Veränderungen. Die Konstituierung solle am 15. d. M. erfolgen.

Uebertreibabkommen in Oberschlesien. Nach einer nach Beuthen gelangten Mitteilung des Reichsbahndirektors, die er in einer Pressemitteilung mit Vertretern der polnischen Industrie in Wilsdruff machte, wird wahrscheinlich noch Ende des Monats ein allgemeines Uebertreibabkommen in Oberschlesien unterzeichnet werden, das allen Fleischstellen zugutekommen soll.

Zur Stilllegung der Werkstätten. Die Berliner Abendblätter melden: Am Sonnabend stand eine Versammlung der Betriebsarbeiter statt, in der über die Stilllegung der Firma abgestimmt wurde. Sie gelangten einstimmig zur Ablehnung. Der Streik geht insofort weiter. Ein Trupp von etwa 800 Arbeitslosen demonstrierte gestern vormittag am Moritzplatz und zog dann nach der Fleischbrücke. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingangstore geschlossen werden. Es wurde aber nicht verhindert, dass die Demonstranten durch den Eingang der Kommandanturstrasse in das Innere der Reichsdruckerei eindringen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufforderten. Es gelang schwierig den Arbeitern der Reichsdruckerei, die Demonstranten von dem Grundstück zu verbringen.

Die Abstimmung der Wisskübe. Im Hauptausschusse des Reichstages erklärte auf Anfrage Helfferich (Deutschland) Ministerialdirektor Simon, was die Rühe angehe, so müsse betont werden, dass die Rühe 810000 die Endsumme der in der vorläufigen Liste der Entente aufgenommenen Rühe bedeute. Eine amtliche Mitteilung darüber, dass auf die Lieferung dieser 810000 Wisskübe unter allen Umständen

bestanden werde, liege bisher nicht vor, ebenso wie über die anderen in den Listen vereinbarten Rühenstände, über die nähere Verhandlungen noch erforderlich seien. Von deutscher Seite könnte nur immer wieder vorgegeben werden, dass es eine ungemeine Härte bedeute, wenn bei der gegenwärtigen Lage der Milch- und Fleischaufzehrung diese Forderung aufrecht erhalten bleibe.

Vor einem Vortriestkrieg in Berlin. Wie die "B. Z." am Mittwoch meldet, hat sich bei den Abstimmungen in Groß-Berlin eine überwältigende Mehrheit für die Ablehnung des Friedensvertrages in Sachen des Vortriestkriegs ergeben. Daraus ist der Transportarbeiterverband dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt, dass sich die Organisationsleitung gewungen sehe, den Streik anzurufen. Der Zeitpunkt für den Beginn des Ausstandes ist noch nicht festgestellt.

Streik bei der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft sind gestern früh, wie aus Darmstadt gemeldet wird, in den Ausstand getreten, weil die Direktion ihre Gehalts- und Lohnforderungen abgelehnt hatte. Sämtliche Güte mit Ausnahme der Nahgüte sind ausgefallen, die Kartofelzulieferung steht ungelöst.

Die Berliner Zeitungen erscheinen nicht. Infolge des Beschlusses der Berliner Gewerkschaftskommission, dass der 9. November durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll, werden die Berliner Zeitungen am Dienstag abend und Mittwoch früh nicht erscheinen.

Verhandlungen über Beilegung des Streiks in Chorzow. Aus Beuthen wird gemeldet: Eine Versammlung der oberösterreichischen Betriebsräte entlande eine fünfköpfige Kommission nach Chorzow, um über die sofortige Arbeitsaufnahme zu verhandeln. Die Verhandlungen begannen gestern nachmittag. Heute sollen die Streikfeierten in Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und den Belegschaften unter Mitwirkung der Gewerkschaftsorganisationen geschlichtet werden.

Die Sozialisierung des Bergbaus. In der vorigen Woche fanden in Essa zwischen dem von dem Reichswirtschaftsrat eingesetzten Unterausschuss für die Sozialisierung des Kohlenbergbaus und den Vertretern des Bergbaus, unter denen sich neben den Unternehmern auch Bergarbeiter befanden, Verhandlungen statt. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird am Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung des Reichswirtschaftsrats und des Reichsobmannsrate mitgeteilt werden. Da die bisherigen Verhandlungen als streng vertraulich galten, sind alle über die Verhandlungen verbreitete Nachrichten nur Vermutungen.

Der Prosch wegen der Verstörung des französischen Konsulats in Breslau. Vor dem Schwurgericht in Breslau begann gestern unter dem Vorwurf des Landgerichtsdirektors Möller die Verhandlung gegen 20 Personen, die an der Plünderei und Verstörung des polnischen und französischen Konsulats am 26. August teilgenommen haben, wegen Landfriedensbruchs. Für die Verhandlung sind etwa zwei Wochen im Ausland genommen.

Frankreich. Das Programm der Regierung. Ministerpräsident Léon Blum hat einem Vertreter des "Petit Parisien" gegenüber über das Programm der Regierung aus und über die Arbeiten, mit denen sich das gestern zusammengetretene Parlament zu beschäftigen habe. Er führt aus, Frankreich habe den Übergang vom Krieg zum Frieden im allgemeinen gut überstanden; es habe, obwohl es mehr gelitten habe als ein anderer Staat, dennoch seine Vernunft bewahrt. Nun müsse aufgebaut und erneuert werden. Das Reformprogramm des Parlaments sei groß. Vor allem mügten die Finanzen geregt werden, die Rampone wieder aufgebaut und die Eisenbahnen auf neuer Grundlage organisiert werden. Als lernbare Aufgaben bezeichnete Léon Blum das Gesetz über die Veränderung der Dienstzeit sowie ein Gesetz über ergiebige und soziale Fragen. Er erklärte sich zur baldigen Wiederaufnahme der Beziehungen zum Vatikan bereit und sagte, seine auswärtige Politik werde darin, Frankreichs Interessen energisch zu verteidigen und seine Allianzen zu erhalten und zu verstetigen. Frankreichs Politik gegenüber Deutschland habe er dem deutschen Posthalter davor gekennzeichnet, dass die französische Regierung alle Fragen zwischen Frankreich und Deutschland in friedlichem Geiste lösen wolle. Léon Blum nannte den Wölkerbund eine schone Einrichtung, die eine große Macht werden könnte. Er kann momentan eing